

Bitte beachten Sie: Es handelt sich um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie nur nach der gedruckten Fassung.

Mir san mir an der weiß-blauen Wahlurne? Eine Analyse des Einflusses der Bundespolitik auf das Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen 1966 bis 2003

Harald Schoen

1. Einleitung

Bayern ist ein politischer Sonderfall in der Bundesrepublik. Seit über vierzig Jahren wird die Regierung des weiß-blauen Freistaats von ein und derselben Partei gestellt, die 2003 bereits zum neunten Mal nacheinander die absolute Mehrheit der Stimmen bei Landtagswahlen gewann. Dies gelang der CSU unter unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Insbesondere konnte sie auch in jenen Zeiten, in denen sie die Bundesregierung mittrug, ihre absolute Mehrheit im Land verteidigen. Diese Tatsache ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil Parteien, die auf Bundesebene die Regierung stellen, bei Landtagswahlen relativ schlecht abschneiden und häufig von den Wählern auf die harten Bänke der Landtagsopposition verwiesen werden (vgl. Dinkel 1977; Decker/von Blumenthal 2002; Gaines/Crombez 2004; Burkhart 2005). Als Ursache für diese Regelmäßigkeit gilt die Neigung der Bürger, sich bei Landtagswahlen vor allem von bundespolitischen Überlegungen leiten zu lassen. Darf man daher aus den Landtagswahlsiegen der CSU über wechselnde bundespolitische Konjunkturen hinweg im Umkehrschluss folgern, dass die bayerischen Wähler die Ausnahme zur bundesdeutschen Regel bilden und sich nicht von der Bundespolitik beeinflussen lassen, wenn sie über die Zusammensetzung des Bayerischen Landtags entscheiden? Hat sie etwa ihr „Sonderbewusstsein staatlicher Eigenständigkeit und kultureller Eigenart“ (Renz/Rieger 1999: 79) dagegen immunisiert, bei der Wahlentscheidung einen Blick auf das Geschehen jenseits des weiß-blauen Freistaats zu werfen? Beschreibt also der CSU-Slogan aus dem Jahr 1990 „Bayerisch wählen“ insofern das Stimmverhalten bei bayerischen Landtagswahlen zutreffend? Sollten bayerische Wähler infolge politisch-kultureller Besonderheiten und des politischen Geschicks der CSU, das manche Beobachter an Niccolò Machiavelli erinnert (vgl. Jung/Rieger 1995), zwar auf bundespolitische Faktoren reagieren, aber eben anders als Bewohner anderer Bundesländer? Oder sollte die Bundespolitik in Bayern eine ähnliche Rolle spielen wie bei anderen Landtagswahlen, nur konnten bundespolitisch bedingte Einbußen die CSU-Mehrheit bislang nicht ernsthaft gefährden?

Die Rolle der Bundespolitik wird in Analysen bayerischer Landtagswahlen durchaus thematisiert (siehe etwa Mintzel 1975: 434, 1987: 89; Jung/Rieger 1995: 241; Rieger 2003: 719). Allerdings stützen sich entsprechende Aussagen in der Regel nicht auf empirische Evidenz zu individuellem Wahlverhalten. Der vorliegende

Beitrag soll helfen, diese Forschungslücke zu schließen. Er soll klären, inwieweit bundespolitische Faktoren das Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen beeinflussen. Gestützt auf eine theoretische Diskussion, wird das Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen zwischen 1966 und 2003 anhand von Umfragedaten im Detail untersucht. Der Beitrag schließt mit einer Zusammenfassung und Diskussion der zentralen Ergebnisse.

2. Konzeptionelle und theoretische Überlegungen

Die bislang eher kümmernde denn florierende Forschung zu Landtagswahlverhalten ist von einer bemerkenswerten Asymmetrie gekennzeichnet. In der vorherrschenden Aggregatdatenanalyse erscheint das Wahlverhalten bei Landtagswahlen als bundespolitisch dominiert oder gar determiniert. Ob sich die Literatur der Barometer- oder Referendumsthese bedient (vgl. Dinkel 1977; Anderson/Ward 1996; Lohmann u.a. 1997; Decker/von Blumenthal 2002; Burkhart 2005), die Nebenwahlthese heranzieht (vgl. Kaase/Gibowski 1988; klassisch Reif/Schmitt 1980) oder Anleihen beim Surge and Decline-Argument nimmt (vgl. Jeffery/Hough 2001; Dinkel 1989: 259f.; klassisch Campbell 1960), stets wird zur Mikrofundierung angenommen, Bürger trafen ihre Landesentscheidung (ausschließlich) mit Blick auf die Bundespolitik (siehe aber Hough/Jeffery 2003). Allerdings kann die Aggregatdatenforschung diese Annahme nicht empirisch prüfen. Dazu ist die Individualdatenanalyse geeignet, doch berücksichtigen Arbeiten in dieser Tradition nur selten explizit bundespolitische Faktoren (siehe Görl 2001; Gabriel 2002; Gabriel u.a. 2002; siehe aber Klos 2003; Schmitt-Beck/Weins 2003; für Ansätze Hofrichter/Westle 2000). Diese Landeszentrierung erscheint im Lichte der in der Aggregatforschung vorherrschenden Lesart als Fehlspezifikation der Modelle und beraubt die Individualdatenforschung der Möglichkeit, die Validität der zentralen Annahme der Aggregatforschung zu überprüfen.

Um die Wirkung bundespolitischer Faktoren auf die individuelle Landtagswahlentscheidung zu untersuchen, kann man das sozialpsychologische Modell der Michigan-Schule verwenden, das sich in der Forschung zu nationalen Wahlen bewährt hat (vgl. Campbell u.a. 1960). Es führt Wahlverhalten auf Einstellungen zu Sachfragen und zu politischen Akteuren zurück, welche die Wahlberechtigten als wahlrelevant wahrnehmen. Diesen Orientierungen vorgelagert sind grundlegende politische Prädispositionen wie Wertorientierungen und Parteibindungen sowie in der Vergangenheit gesammelte Erfahrungen, die das Wahlverhalten vorwiegend indirekt beeinflussen. Die zuletzt genannten Faktoren sind ebenenspezifisch.¹ Dagegen lassen sich im Hinblick auf Akteure und Sachfragen bundes- und landesbezogene Orientierungen analytisch trennen. Gestützt auf diese Unterscheidungen operierte die For-

1 Auf die Möglichkeit ebenenspezifischer Parteibindungen, die etwa in den USA und Kanada diskutiert wird (vgl. Niemi u.a. 1987; Stewart/Clarke 1998), soll hier nur hingewiesen, nicht aber näher eingegangen werden, da sie in der empirischen Analyse nicht berücksichtigt werden kann.

schung zu Landtagswahlverhalten bislang häufig mit einem Modell, das ebenenspezifische Prädispositionen, vor allem Parteibindungen sowie landesspezifische Orientierungen, zur Erklärung heranzieht (vgl. Gabriel 2002; Gabriel u.a. 2002).

In dieses Modell lassen sich bundespolitische Einflüsse integrieren (vgl. Klos 2003; Schmitt-Beck/Weins 2003; Trystan u.a. 2003). Es sollen dabei direkte und indirekte Einflüsse der Bundespolitik auf das Wahlverhalten bei Landtagswahlen unterschieden werden. Indirekt wirkt die Bundespolitik dann, wenn sie das Handeln landespolitischer Eliteakteure beeinflusst, auf das wiederum die Wahlberechtigten reagieren, die aber die bundespolitische Ursache nicht unbedingt wahrnehmen. Es handelt sich also um externe Faktoren im Sinne von Campbell u.a. (1960: 27). Dies sei an einigen Beispielen illustriert: So bildet der jeweilige bundespolitische Themenhaushalt den Referenzrahmen für Landtagswahlkämpfe, weshalb diese mit dem bundespolitischen Geschehen variieren. Beispielsweise unterscheiden sich Landtagswahlkampagnen je nachdem, ob sie im Kontext der bundespolitischen Auseinandersetzungen über die Ostverträge, des deutschen Einigungsprozesses 1990 oder des Irakkriegs 2003 geführt werden. Zudem können bundespolitische Eliten die Entscheidung über Spitzenkandidaten bei Landtagswahlen maßgeblich beeinflussen. Auch die bundespolitische Koalitionskonstellation bildet eine Randbedingung für Landtagswahlen, welche die Koalitionsoptionen und allgemeiner die Beziehungen zwischen den Parteien auf Landesebene, etwa im Wahlkampf, beeinflussen kann.

Direkte Bundeseffekte liegen vor, wenn Einstellungen zu bundespolitischen Objekten auf das Wahlverhalten bei einer Landtagswahl wirken. Dabei sollen drei Arten bundespolitischer Orientierungen unterschieden werden. Erstens können Einstellungen zu bundespolitischen Akteuren das Wahlverhalten bei Landtagswahlen beeinflussen. In der politischen Wahrnehmung vieler Menschen steht die Landespolitik im Schatten der Bundespolitik. Dies mag nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass es relativ einfach ist, Informationen über die Bundespolitik zu erhalten, da Massenmedien, soweit sie nicht ein regionales Publikum ansprechen, bundespolitisches Geschehen in den Vordergrund rücken. Werden Bürger nun zu einer Landtagswahl an die Urnen gerufen, können sie ihre bundespolitischen Orientierungen nutzen, um eine Wahlentscheidung zu treffen, die ihnen andernfalls mangels landespolitischer Informationen schwer fallen könnte. Da auf Bundes- und Landesebene die gleichen Parteien agieren, können Bürger ihre Einstellungen zu deren Politikern in der Bundesarena leicht mit den Landesparteien in Verbindung bringen und darauf ihr Landesvotum stützen. Mit anderen Worten: Um landespolitische Informationskosten zu sparen, bedienen sie sich bundespolitischer Heuristiken (vgl. Mondak 1990; Mondak/McCurley 1994). Daneben spricht Elitenhandeln für Einflüsse von Einstellungen zu bundespolitischen Akteuren auf Landtagswahlverhalten (vgl. Florack/Hoffmann 2006: 114ff.). In Landtagswahlkämpfen treten nicht nur Landespolitiker auf, sondern auch Bundespolitiker, die damit häufig das Ziel verfolgen, ihre Popularität der Landespartei zu leihen und diese gewissermaßen an ihren Rockschoßen mitzuziehen (vgl. zum Coattail-Argument Ferejohn/ Calvert 1984; Campbell/Sumners 1990; Campbell 1991). Dies kann nur gelingen, wenn bei den Wahlberechtigten der Eindruck entsteht, sie müssten bei der Stimmabgabe auch ihre Einstellungen zu Bundespolitikern berücksichtigen (vgl. konzeptionell Iyengar u.a. 1982; Zaller 1992).

Zweitens ist an Einstellungen zu bundespolitischen Streitfragen zu denken, die ebenfalls als Heuristiken für die Landtagswahlentscheidung dienen können. Angesichts des Informationsangebots können sich Bürger relativ leicht eine Meinung zu bundespolitischen Issues bilden, die sie ihrer Landtagswahlentscheidung zugrunde legen können, da die Parteien, denen sie im Bund Lösungskompetenz zuschreiben, deren Leistung in der Regierung oder Opposition sie bewerten oder deren Policy-Positionen sie unterstützen, auch im Land um die Wählergunst konkurrieren (vgl. auch Leunig 2003). Darüber hinaus legen Eliteakteure Bürgern bewusst nahe, bei Landtagswahlen spezifische bundespolitische Issues nicht außer Acht zu lassen, gleichviel ob diese gerade im Bundesrat behandelt werden und dadurch einen (mittelbaren) Landesbezug besitzen oder nicht. Ein gutes Beispiel dafür ist die Kampagne der hessischen CDU gegen die Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts im Landtagswahlkampf 1999 (vgl. Schmitt-Beck 2000; Hofrichter/Westle 2000). Daneben appellieren Politiker in Landtagswahlkämpfen an die Bürger, bei der Stimmabgabe die (Fehl-)Leistungen der Bundesregierung zu bedenken, sich also im Sinne der Referendumsthese an einer generalisierten retrospektiven Performanzbewertung zu orientieren und den Stimmzettel zu einem Denkmittel für die Bundesregierung zu machen.

Ein drittes Argument setzt bei der Zusammensetzung des Bundesrates an, dem das Grundgesetz eine wichtige Rolle in der Bundesgesetzgebung zuweist. Die Möglichkeiten einer Bundesregierung, ihre politischen Vorhaben durchzusetzen, hängen daher nicht zuletzt davon ab, ob in Bundestag und Bundesrat die gleichen parteipolitischen Formationen die Mehrheit innehaben (vgl. König 1998). Da der Bundesrat von Landesregierungen beschickt wird, sind Landtagswahlen immer auch Bundesratswahlen. Daher könnten Bürger bei der Landtagswahlentscheidung die mögliche Wirkung ihres Votums auf die Zusammensetzung des Bundesrats bedenken. Bürger, die es der Bundesregierung erleichtern wollen, ihre Politik durchzusetzen, könnten bei einer Landtagswahl gezielt für parteipolitische Konsonanz zwischen Bundestag und -rat zu sorgen suchen. Andere könnten dagegen gerade ungleiche Mehrheitsverhältnisse in beiden Kammern herbeiführen wollen, um die politischen Akteure zur Kompromissuche zu zwingen, wie es die Literatur zu Strategic Balancing postuliert (vgl. Alesina/Rosenthal 1995; Fiorina 1996; Erikson/Filippov 2001). Ein solches Bundesratsvotum setzt voraus, dass Bürger eine Vorstellung von den parteipolitischen Mehrheitsverhältnissen in Bundestag und -rat besitzen und erkennen, ob ein bestimmtes Votum überhaupt etwas daran ändern könnte. Obgleich Wahlkampf-kommunikation das Bewusstsein der Bürger für diese Zusammenhänge wecken oder schärfen kann, ist dieses institutionenübergreifende strategische Wahlverhalten vergleichsweise anspruchsvoll. Das lässt sich nicht zuletzt daran ablesen, dass die Forschung zwar viele Belege dafür zusammengetragen hat, dass amerikanische Midterm Elections häufig zu Divided Government führen, jedoch umstritten ist, ob Wähler dieses Ergebnis bewusst anstreben (vgl. Erikson 1988, 1990; Fiorina 1996; Scheve/Tomz 1999; Mebane 2000).

Damit ist ein Modell zur Erklärung von Landtagswahlverhalten formuliert, das ebenenunspezifische, bundes- und landespolitische Faktoren umfasst. Der Einfluss der drei Faktorenbündel sowie einzelner Erklärungsgrößen kann dabei als Variable aufgefasst werden, deren Ausprägung von anderen Größen abhängt. Angesichts des

thematischen Schwerpunkts dieses Beitrags sollen nun einige Größen diskutiert werden, welche die Stärke des bundespolitischen Faktorenbündels steuern könnten.

Eine erste Moderatorvariable könnte die zeitliche Nähe einer Bundes- zu einer Landtagswahl sein. So legen das Surge and Decline- und das Coattail-Argument nahe, dass Einstellungen zum Präsidenten das Wahlverhalten bei amerikanischen Kongresswahlen dann besonders stark beeinflussen, wenn parallel eine Präsidentschaftswahl mit entsprechender Wahlkampfkommunikation stattfindet (vgl. A. Campbell 1960; Ferejohn/Calvert 1984; Campbell/Summers 1990; J. Campbell 1991; Golder 2006). Dieses Argument lässt sich analog auf Landtagswahlen anwenden. Findet eine Landtagswahl parallel zu einer Bundestagswahl statt, müssen die landespolitischen Kampagnen mit den wesentlich ressourcenstärkeren bundespolitischen konkurrieren, sodass landespolitische Themen und Akteure es sehr schwer haben, von den Wahlberechtigten wahrgenommen zu werden. Ohne einen konkurrierenden Bundestagswahlkampf stehen – womöglich landeszentrierte – Landtagskampagnen nur mit der üblichen politischen Kommunikation in Konkurrenz. Mit zunehmender Nähe zu einer Bundestagswahl sollte daher der bundespolitische Einfluss auf Landtagswahlverhalten zunehmen.

Die Stärke bundespolitischer Einflüsse dürfte auch zwischen Wahlberechtigten variieren. In der Diskussion um bundespolitische Einflüsse wurde argumentiert, die Bürger bedienten sich mangels landespolitischer Informationen bundespolitischer Orientierungen als Heuristiken. Ist ihnen beispielsweise das landespolitische Personal nicht geläufig, könnten sie kurzerhand für die Partei stimmen, deren Bundespolitiker ihnen am sympathischsten sind. Dieses Verhalten sollte nicht bei allen Personen gleichermaßen auftreten. Personen, denen Politik generell besonders wichtig ist oder die ein besonderes Interesse an landespolitischen Fragen besitzen, dürften eher darauf verzichten können oder wollen, mit Bundesheuristiken zu operieren, und sich stattdessen verstärkt an landespolitischen Faktoren orientieren (vgl. Mondak 1990; Mondak/McCurley 1994; siehe auch Klos 2003).

Daneben könnten weitere Faktoren, etwa die politische Kultur, das Parteiensystem, die Wahlkampfkommunikation, Koalitions- und Akteurskonstellationen oder institutionelle Arrangements die Stärke bundespolitischer Einflüsse steuern. Da sich der vorliegende Beitrag auf wenige Wahlen in einem Bundesland konzentriert, kann die Wirkung dieser Faktoren hier nicht empirisch untersucht werden. Gleichwohl sollen zwei Faktoren ein wenig genauer diskutiert werden, da sie dazu dienen können, bayerische Besonderheiten zu identifizieren, die bei der Analyse bedacht werden sollten und künftig in ländervergleichenden Untersuchungen berücksichtigt werden könnten.

Erstens dürften Personen mit einem ausgeprägten Regionalbewusstsein politische Einflussnahme von außen, also etwa von der Bundesebene, ablehnen. Das Bayern zugeschriebene regionale Sonderbewusstsein (vgl. Renz/Rieger 1999: 79) spricht daher auf den ersten Blick für generell vergleichsweise schwache Bundeseinflüsse auf bayerisches Landtagswahlverhalten. Allerdings kann ein Regionalbewusstsein gerade für bestimmte bundespolitische Vorgänge sensibilisieren, nämlich für solche, die sich auf die föderale Ordnung und die Kompetenzen der Bundesländer beziehen. Diese Bundesthemen könnten daher gerade in Bayern besonders einflussreich sein.

Ein zweiter wesentlicher Faktor ist die CSU. Sie ist die Schwesterpartei der CDU, aber nicht deren sechzehnter Landesverband, sondern eine eigenständige bayerische Partei mit bundespolitischem Anspruch. Diese Konstellation legt die Vermutung nahe, dass in Bayern Einstellungen zu CDU-Bundespolitikern das Landtagswahlverhalten weniger stark beeinflussen als in anderen Bundesländern. Zugleich sollten Einstellungen zu CSU-Politikern, die vorwiegend oder ausschließlich in der bundespolitischen Arena präsent sind, bei der Landtagswahlentscheidung eine Rolle spielen. Diese Einflüsse dürften nicht konstant sein, sondern von politischen Konstellationen, etwa den variablen Beziehungen zwischen den CSU-internen Kraftzentren (vgl. Kießling 2004), abhängen.

Als entscheidend für die bundespolitische Bedeutung der CSU gilt ihre landespolitische Vormachtstellung. Daher hat sie einen größeren Anreiz als Landesverbände anderer Parteien, mit Blick auf ihre landespolitische Wählerattraktivität, Konflikten mit bundespolitischen Akteuren nicht aus dem Weg zu gehen, mögen diese der CSU auch wohlgesonnen sein oder ihr angehören. In diesem Sinne sind etwa die zahlreichen Versuche von Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber zu verstehen, die CSU als innerkoalitionäre Opposition zur amtierenden Bundesregierung zu positionieren (vgl. etwa Schultze 1987: 42). Sind solche Anstrengungen erfolgreich, ist mit Wirkungen auf die Rolle bundespolitischer Orientierungen auf Landtagswahlverhalten zu rechnen. Beispielsweise könnte die Unzufriedenheit mit einer von der CSU mitgetragenen Bundesregierung die Wahlchancen der CSU in Bayern steigern, statt sie zu mindern. Zugleich müssen positive Einstellungen zu CSU-Bundespolitikern die Wahrscheinlichkeit eines CSU-Landesvotums nicht notwendig erhöhen.

Die Doppelrolle der CSU als bayerische Bundespartei verschärft zudem das methodische Problem, Einflussfaktoren eindeutig der Bundes- oder der Landesebene zuzuordnen. Die grundsätzliche Schwierigkeit besteht darin, dass in Urteile etwa über einen Landespolitiker, der sich auch zu bundespolitischen Fragen äußert, landes- und bundespolitische Komponenten einfließen. Klassifiziert man nun Einstellungen zu dem Akteur als landespolitisch, kommt es zu Messfehlern, die wegen der variablen politischen Konstellationen zudem nicht zeitinvariant sein dürften (siehe ähnlich Fabritius 1978, 1983). Die janusköpfige Stellung der CSU vergrößert dieses Konfundierungsproblem dadurch, dass sie die Vermischung von Landes- und Bundespolitik gleichsam institutionalisiert. Wenn die CSU in einem bundespolitischen Streit Stellung bezieht, agiert immer die bayerische Regierungspartei. Auch verleugnet die CSU als Bundespartei nicht ihren bayerischen Schwerpunkt und tritt für bayerische Landesinteressen ein, wie umgekehrt die CSU-geführte bayerische Staatsregierung auch als Instrument in der bundespolitischen Auseinandersetzung genutzt wird. Ihre Personifizierung findet die besondere Konstellation in Akteuren wie Franz Josef Strauß und Edmund Stoiber, welche die bayerische Staatsregierung und die CSU in Personalunion führten. Bei der Analyse bayerischen Landtagswahlverhaltens ist daher ganz besonders auf das Konfundierungsproblem zu achten. Deshalb sollte in diesem Fall noch weniger als sonst aus den Wirkungen nomineller

Bundesfaktoren ohne weiteres auf das Ausmaß bundespolitischer Einflüsse geschlossen werden.²

3. Daten und Methoden

Die Frage nach bundespolitischen Einflüssen auf individuelles Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen soll hier mit Umfragedaten zu den Landtagswahlen 1966, 1974³ und 1982 bis 2003 untersucht werden, wobei indirekte Bundeseffekte ausgeblendet bleiben müssen.⁴ Abhängige Variable ist das individuelle Wahlverhalten, wobei vier Wahlmöglichkeiten unterschieden werden: CSU, SPD, andere Parteien sowie Nichtwahl. Die Kategorie „andere Parteien“ enthält verschiedene, disparat erscheinende Parteien wie die FDP, die Grünen, die NPD, die Republikaner und die Freien Wähler. Diese Lösung bringt zwar Probleme bei der Interpretation der Ergebnisse mit sich, lässt sich aber nicht vermeiden, da nur sie es erlaubt, für alle Wahlen longitudinal vergleichbare Modelle statistisch zu schätzen. Die Nichtwahl wurde explizit berücksichtigt, da bundespolitische Einflüsse durchaus zur Mobilisierung oder Demobilisierung von Wahlberechtigten bei Landtagswahlen beitragen könnten, wie es etwa das Surge and Decline-Argument nahe legt. Um die Wirkungen der unabhängigen Variablen zu ermitteln, werden multinomiale Logitmodelle geschätzt. Anders als die lineare Regression, die metrisch skalierte abhängige Variable voraussetzt, ist die logistische Regression zur Analyse kategorialer abhängiger Variablen geeignet. Zur Berechnung von Wirkungen werden die Wahrscheinlichkeiten für das Auftreten bestimmter Ereignisse zueinander ins Verhältnis gesetzt und dieses logarithmiert. In ihrer multinomialen Variante erlaubt sie es, Wirkungen auf polytome Variablen, also etwa die Wahlentscheidung zwischen mehr als zwei Optionen, zu untersuchen.

Von zentralem Interesse sind bundespolitische Einflüsse auf das Landtagswahlverhalten. Auch wenn in den Erhebungen das Hauptaugenmerk offenbar nicht auf der Bundespolitik lag, erlauben es die Daten, verschiedene bundespolitische Orientierungen zu berücksichtigen. In den Umfragen zu den Landtagswahlen 1986 bis 2003 wurden die Respondenten nach ihrer Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundes-

- 2 Ein weiteres Beispiel dafür, dass sich Bürger bei der Landtagswahlentscheidung mit bundespolitischen Intentionen auf Einstellungen zu landespolitischen Akteuren beziehen, stellt die niedersächsische Landtagswahl 1998 dar, die zu einem Quasi-Plebiszit über die SPD-Kanzlerkandidatur umfunktioniert wurde (vgl. Müller-Hilmer 1999). Ein Konfundierungsproblem kann auch bei Sachfragenorientierungen auftreten, da Bürger etwa bundespolitische Kompetenzzuweisungen als Heuristiken für landespolitische Urteile nutzen können.
- 3 Zur Landtagswahl 1974 liegt lediglich eine Umfrage aus dem Frühsommer 1973 vor, weshalb bei deren Interpretation besondere Vorsicht geboten ist.
- 4 Die Daten sind beim Zentralarchiv (ZA) für empirische Sozialforschung in Köln unter folgenden Nummern archiviert: ZA 0472 (1966), ZA 0871(1974), ZA 1247 (1982), ZA 1551 (1986), ZA 1963 (1990), ZA 2506 (1994), ZA 3167 (1999), ZA 3955 (2003). Alle Umfragen wurden vom ZA in Kooperation mit den Universitäten Halle und Stuttgart zu einem gemeinsamen Datensatz integriert (ZA 4182).

regierung gefragt, womit der Kerngedanke der Referendumsthese abgebildet wird. Daneben wird die Bewertung der führenden Bundespolitiker von Union und SPD, also des jeweiligen Bundeskanzlers und Oppositionsführers, in die Analyse eingeführt. Diese Indikatoren, die hauptsächlich personelle Komponenten erfassen, liegen für die Wahlen 1966 und 1974 sowie 1986 bis 1998 vor. Schließlich werden Bewertungen der CSU-Vorsitzenden ohne Regierungsposition in Bayern berücksichtigt, also 1966 und 1974 Franz Josef Strauß sowie 1990 und 1998 Theo Waigel. 1994 liegen leider keine entsprechenden Informationen vor. Die Umfrage zur Wahl 1982 enthält Informationen zu keinem dieser Indikatoren, stattdessen aber zu Einstellungen zu bundespolitischen Sachfragen, und zwar zur Einführung einer Ergänzungsabgabe, der atomaren Nachrüstung sowie dem Bruch der sozialliberalen Koalition. In diesem Fall kann die Bedeutung spezifischer bundespolitischer Issues für Landtagswahlverhalten untersucht werden. Das Bundesratsargument kann mit der von Heterogenität und Diskontinuität gekennzeichneten Datenlage nicht untersucht werden.

Neben bundespolitischen werden landespolitische und ebenenunspezifische Faktoren berücksichtigt. Als langfristige ebenenunspezifische politische Prädisposition wird die Parteiidentifikation einbezogen, und zwar mit Dummyvariablen für CSU-Anhänger⁵, SPD-Anhänger und Anhänger anderer Parteien. Da die Parteiidentifikation in der Umfrage zur Wahl 1966 nicht erhoben wurde, dieser Urnengang aber nicht aus der Analyse ausgeschlossen werden soll, wird ein zweiter Modelltyp mit sozialstrukturellen Merkmalen als ebenenunspezifischen Faktoren geschätzt. Neben Geschlecht, Alter und formaler Bildung werden Variablen zur Abbildung der beiden klassischen Cleavages, der religiös-konfessionellen und der sozioökonomischen Konfliktlinien, einbezogen, denen die Literatur zum Wahlverhalten in Bayern eine wichtige, die Vormachtstellung der CSU begünstigende Rolle zuschreibt (vgl. Schultze 1987, 1991).

Als landesspezifische Faktoren werden Einstellungen zu den Landtags-Spitzenkandidaten von CSU und SPD berücksichtigt. Ferner wird die Bewertung der Arbeit der Landesregierung und – von 1982 bis 2003 – der SPD-Opposition in Bayern als generalisierte landesspezifische retrospektive Performanzorientierung einbezogen. Die Issue-Komponente wird 1982 zusätzlich mit Einstellungen zu drei landespolitischen Positions-Issues erfasst. Bei den Wahlen 1986 bis 2003 kann ein Index zur landespolitischen Kompetenzzuweisung verwendet werden. Eine weitere Variable erfasst ab 1982, ob der Befragte mit einem Wahlsieg der CSU rechnet. Diese Variable soll Aufschluss darüber geben, inwieweit die CSU von Bandwagon-Effekten profitierte oder die Aussicht auf einen CSU-Sieg zu einer Gegenmobilisierung führte. Schließlich wird ab 1990 die Haltung der Befragten zu einer CSU-Alleinregierung einbezogen, um zu messen, inwieweit ein horror majoritatis die

5 Es wurden getrennt Bindungen an CSU, CDU und CDU/CSU erhoben. Da jedoch nur sehr wenige Befragte eine Identifikation mit CDU oder CDU/CSU angaben, kann in den Analysen zwischen CSU-Anhängern und CDU- oder CDU/CSU-Anhängern nicht unterschieden werden. Eine zusätzliche Analyse zur Wahl 1982 deutet jedoch darauf hin, dass CSU-Bindungen das Landtagswahlverhalten in Bayern etwas stärker prägen als CDU- oder Unionsbindungen.

Wahlchancen der CSU beeinträchtigt hat (vgl. für Operationalisierungsdetails den Anhang).⁶

4. Empirische Ergebnisse

Die bayerischen Landtagswahlen seit 1945 sind vor allem von der langjährigen Dominanz der CSU geprägt. 1950 noch zweitstärkste Partei hinter der SPD, konnte sie seit 1962 die absolute Mehrheit der Mandate und seit 1970 die absolute Mehrheit der Stimmen erringen (vgl. Tabelle 1). Besonders augenfällig wird die in der Bundesrepublik einmalige Vormachtstellung der CSU in Stimmenanteilen von mehr als 60 Prozent bei den Landtagswahlen 1974 und 2003. Zugleich darf man bei der Würdigung dieser Ergebnisse nicht übersehen, dass 1974 noch beinahe die Hälfte der Wahlberechtigten für die CSU stimmten, 2003 hingegen mehr Wahlberechtigte der Wahl fernblieben als für die CSU votierten. Auch die Mobilisierungskraft der CSU scheint also nachgelassen zu haben.

Abgesehen von einer frühen Phase ist die bayerische SPD bislang nicht über den Status der größten Oppositionspartei hinausgekommen. Dabei hat sich ihre Position seit den sechziger Jahren trotz verschiedener programmatischer und organisatorischer Anstrengungen eher verschlechtert als verbessert. Denn konnte sie 1958 bis 1982 regelmäßig rund ein Drittel der abgegebenen Stimmen für sich verbuchen, ist sie seit 1986 in einem 30-Prozent-Turm gefangen und fiel 2003 sogar auf weniger als 20 Prozent der Stimmen. Ob es sich um einen einmaligen Tiefpunkt handelt, wird sich bei künftigen Wahlen zeigen.

Auch die FDP spielt in Bayern seit jeher eine weniger wichtige Rolle als in anderen Bundesländern. Wie Tabelle 1 zeigt, konnte sie bis 1978, mit Ausnahme der Wahl 1966, in den Landtag einziehen, und dies mit durchaus beachtlichen Stimmenanteilen. Seither kehrte sie jedoch nur einmal, nämlich 1990, in den Landtag zurück, weshalb sie in Bayern zu einer außerparlamentarischen Kraft zu werden droht. Als zweite Oppositionspartei im Maximilianeum haben der FDP die Grünen den Rang abgelassen. Zwar dauerte es vergleichsweise lange, bis die neue Partei 1986 erstmals in den Landtag einzog, doch hat sie sich dort mittlerweile etabliert.

Der Aufstieg der CSU zur dominierenden Partei war begleitet vom Niedergang einer Reihe eher rechtsgerichteter Parteien. So war Anfang der 1950er Jahre die föderalistische Bayernpartei (BP) mit knapp einem Fünftel der Stimmen noch eine ernstzunehmende politische Kraft, verlor aber zusehends an Wählerzuspruch und zog letztmals 1966 in den bayerischen Landtag ein. Ähnlich erging es dem Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (GB/BHE), der in den 1950er Jahren als Flüchtlingspartei mehr als zehn Prozent der Wähler an sich binden konnte, in den 1960er Jahren aber von der politischen Bühne verschwand.

6 Die wahrgenommene Wirtschaftslage wird in den Analysen nicht ausdrücklich berücksichtigt, da sie in Analysen unter Kontrolle anderer Faktoren ohne Wirkung auf das Wahlverhalten blieb. Das schließt nicht aus, dass sie etwa die Bewertung der Bundes- oder Landesregierung beeinflusst, da sie Bürgern als Heuristik dienen kann.

Bei der Wahl 1966 konnte die rechtsextreme NPD mit 7,4 Prozent einen Erfolg feiern und in das Maximilianeum einziehen, doch kehrte sie 1970 nicht dorthin zurück. Nach einer kurzen Phase, in der CSU, SPD und FDP beinahe alle Stimmen auf sich vereinten, differenzierte sich das bayerische Parteiensystem von Neuem aus. Abgesehen von den Grünen spielten dabei die Republikaner (REP), die ökologisch-konservative ÖDP sowie in jüngster Zeit die Freien Wähler eine Rolle. Es scheint, als gingen in Bayern eine nachlassende Mobilisierung, abzulesen an den sinkenden Wahlbeteiligungsraten, und eine zunehmende Zersplitterung des Parteiensystems Hand in Hand.

Tabelle 1: Ergebnisse der bayerischen Landtagswahlen 1946 bis 2003
(Angaben: Prozent der Gesamtstimmen)

	WBT	CSU	SPD	FDP	Grüne	BP	Sonst. [⊗]
1946	75,7	52,3	28,6	5,6	□		13,5
1950	79,9	27,4	28,0	7,1	□	17,9	19,6
1954	82,4	38,0	28,1	7,2	□	13,2	13,5
1958	76,6	45,6	30,8	5,6	□	8,1	9,9
1962	76,5	47,5	35,3	5,9	□	4,8	6,5
1966	80,6	48,1	35,8	5,1	□	3,4	7,6
1970	79,5	56,4	33,3	5,5	□	1,5	3,3
1974	77,7	62,1	30,2	5,2	□	0,8	1,7
1978	76,7	59,1	31,4	6,2	1,8	0,4	1,1
1982	78,0	58,3	31,9	3,5	4,6	0,5	1,2
1986	70,3	55,8	27,5	3,8	7,5	0,6	4,8
1990	65,9	54,9	26,0	5,2	6,4	0,8	6,7
1994	67,8	52,8	30,0	2,8	6,1	1,0	7,3
1998	69,8	52,9	28,7	1,7	5,7	0,7	10,3
2003	57,3	60,7	19,6	2,6	7,7	0,8	8,6

WBT = Wahlbeteiligung; Sonst. = Sonstige. ⊗: Darunter erhielten folgende Gruppierungen mindestens ein Prozent der Gesamtstimmen: 1946: 7,4% Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung (WAV), 6,1% KPD; 1950: 12,3% GB/BHE, 2,8% WAV, 1,9% KPD; 1954: 10,2% GB/BHE, 2,1% KPD; 1958: 8,6% GB/BHE; 1962: 5,1% Gesamtdeutsche Partei (GDP); 1966: 7,4% NPD; 1970: 2,9% NPD; 1974: 1,1% NPD; 1986: 3,0% Republikaner; 1990: 4,9% Republikaner, 1,7% ÖDP; 1994: 3,9% Republikaner, 2,1% ÖDP; 1998: 3,7% Freie Wähler, 3,6% Republikaner, 1,8% ÖDP; 2003: 4,0% Freie Wähler, 2,2% Republikaner, 2,0% ÖDP. Quelle: Statistisches Landesamt Bayern.

Ein Überblick über die bayerischen Landtagswahlen legt Spekulationen über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlverhalten nahe. So könnte man vermuten, dass die beiden herausragenden Ergebnisse der CSU in den Jahren 1974 und 2003 nicht zuletzt mit ihrer bundespolitischen Oppositionsrolle zusammenhängen (vgl. Mintzel 1975: 434; Jung/Rieger 1995: 241; Rieger 2003: 719). Allerdings erlaubt eine solch kursorische Betrachtung keine belastbaren Aussagen über die Wirkung bundespolitischer Faktoren auf bayerisches Landtagswahlverhalten. Dazu ist eine Analyse individuellen Wahlverhaltens auf der Grundlage von Umfragedaten besser geeignet. Um die Wirkungen bundespolitischer Orientierungen auf das Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen zu ermitteln, wurden bundespolitische

Einstellungen neben landespolitischen Orientierungen sowie der Parteiidentifikation als Prädiktoren der Wahlentscheidung in multinomialen Logitmodellen verwendet. Die Ergebnisse dieser Analysen sind in den Tabellen 2a und 2b zusammengestellt.⁷

In diesen Erklärungsmodellen geht von der Parteiidentifikation eine erhebliche Wirkung auf das individuelle Wahlverhalten aus. Bindungen an CSU und SPD mobilisieren Personen, ihre Stimme abzugeben, und zwar nicht für irgendeine Gruppierung, sondern für ihre Identifikationspartei. Dabei scheinen sich Anhänger von SPD und anderen Parteien im Stimmverhalten häufig stärker von parteipolitisch Unabhängigen zu unterscheiden als CSU-Anhänger. Dies steht im Einklang mit der Vermutung, dass es der CSU bei Landtagswahlen besser als der SPD gelingt, über ihre Anhänger hinaus, auch und gerade parteipolitisch nicht gebundene Personen zu gewinnen. Die vergleichsweise schwachen Effekte von CSU-Bindungen bei der Wahl 1998 deuten hingegen auf wahlspezifische Mobilisierungsprobleme der bayerischen Regierungspartei hin.⁸

Von wahrgenommenen Wahlchancen gingen bei den Landtagswahlen 1982 und 1990 keine wesentlichen Wirkungen auf das Wahlverhalten aus. Dagegen steigerte bei der Landtagswahl 1986 die Erwartung, die CSU werde bei der anstehenden Wahl den Sieg davontragen, die Wahrscheinlichkeit, für diese Partei zu stimmen, erheblich, und zwar nicht zuletzt auf Kosten des Nichtwählerlagers. Auch 1994 ließ die Vermutung, die CSU werde die Wahl gewinnen, eine Entscheidung gegen die Stimmabgabe weniger wahrscheinlich werden. Davon profitierte jedoch nicht einseitig die CSU. Während also 1986 praktisch ein reiner Bandwagon-Effekt zugunsten der Regierungspartei auftrat, wurde er 1994 von einer Mobilisierung von Oppositionswählern begleitet. Im Jahr 1998 profitierten von der Erwartung eines CSU-Sieges die CSU und die anderen Parteien auf Kosten von SPD und dem Lager der Nichtwähler. 2003 ist schließlich nur noch ein Mobilisierungseffekt zugunsten der in der Kategorie „andere Parteien“ zusammengefassten Parteien zu erkennen, der mit der in der letzten Wahlkampfphase gestarteten Kampagne der Opposition gegen eine Zwei-Drittel-Mehrheit der CSU im Landtag zusammenhängen könnte (vgl. Rieger 2003: 707).

7 Die bei der Analyse der Wahl 1966 als Kontrollgrößen dienenden soziodemographischen Merkmale besitzen im Vergleich zur Parteiidentifikation eine geringere Erklärungskraft. Die Wirkung von landes- und bundespolitischen Orientierungen dürfte daher mit diesen Kontrollvariablen, also bei der Wahl 1966, eher optimistisch ausgewiesen werden. Allerdings zeigt ein Vergleich der Modelle mit Parteiidentifikation und Sozialstrukturmerkmalen auch, dass sich die Befunde zur relativen Bedeutung bundes- und landespolitischer Einstellungen beim Übergang von sozialstrukturellen Kontrollvariablen zur Parteiidentifikation bei den Wahlen 1974 bis 2003 nicht entscheidend verändern. Da sich die Ergebnisse der Sozialstrukturmodelle für die Wahl 1966 nicht wesentlich von jenen zu den anderen Landtagswahlen unterscheiden, ist davon auszugehen, dass die bei dieser Wahl festgestellten Bundeseffekte sich unter Kontrolle von Parteibindungen und anderen Faktoren zwar abschwächen, aber nachweisbar blieben.

8 Die Umfrage zur Landtagswahl 2003 weist mit gut 40 Prozent einen höheren Anteil an CSU-Anhängern aus als alle vorhergehenden Erhebungen. Dieses Ergebnis erscheint insofern bemerkenswert, als sich in Deutschland langfristige Parteibindungen abschwächen (vgl. Schoen/Weins 2005: 222ff.), und könnte auf Mess- oder Stichprobenprobleme hindeuten.

Auch die Haltung zur Alleinregierung der CSU beeinflusste das Wahlverhalten. 1990 minderte eine kritische Haltung zu einer Einparteienregierung die Wahlchancen der CSU erheblich, wovon vor allem die kleinen Parteien profitierten. Bei der darauffolgenden Wahl 1994 war eine Wirkung noch nachweisbar, allerdings hatte sie sich bereits abgeschwächt. Dieser Erosionsprozess setzte sich 1998 und 2003 fort, sodass bei der jüngsten Landtagswahl praktisch kein Effekt mehr erkennbar ist. Diese Entwicklung deutet darauf hin, dass es der CSU nach dem Tod von Franz Josef Strauß und der Ablösung Max Streibls mit einer demonstrativen Distanzierung von Spezl-Wirtschaft und Amigo-Affären gelungen ist, die Skepsis gegen eine Einparteienregierung ihrer Wirkung auf das Stimmverhalten zu berauben. Für den Ausgang bayerischer Landtagswahlen ist diese Leistung nicht unwichtig, da auch noch 2003 mehr als die Hälfte der Befragten Skepsis gegenüber einer allein von der CSU geführten Staatsregierung anmeldeten (tabellarisch nicht ausgewiesen).

Einstellungen zu landespolitischen Sachfragen spielen bei bayerischen Landtagswahlen eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Bei der Wahl 1982 war die Wirkung landesbezogener Sachfragenorientierungen schwach, wobei Zustimmung zum Ausbau der Kernkraftwerke in Bayern und des Rhein-Main-Donau-Kanals die CSU-Wahl leicht begünstigte, während Befürworter der Gesamtschule eher nicht für die Regierungspartei – und auffällig häufig für andere Parteien – stimmten. Von den zwischen 1986 und 2003 erhobenen Kompetenzzuweisungen geht stets zumindest eine moderate Wirkung auf das Wahlverhalten aus. Ein systematischer Unterschied in der Stärke ihrer Wirkungen lässt sich zwischen den Kompetenzurteilen über CSU und SPD nicht erkennen. So scheinen 1986 Urteile über die Kompetenz der CSU einflussreicher gewesen zu sein, während etwa 1998 und 2003 Einstellungen zur Problemlösungskompetenz der SPD eine etwas größere Wirkung entfaltet haben.

Generalisierte retrospektive Leistungsbewertungen der Landesregierung und der SPD-Opposition im Bayerischen Landtag variieren in ihrer Wirkung auf das Wahlverhalten über die Zeit. In der Umfrage aus dem Jahr 1973 ist kein Effekt erkennbar, was zumindest zum Teil mit dem Zeitpunkt der Befragung zusammenhängen dürfte, da über ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl die Arbeit von Landesregierung und -opposition in der Öffentlichkeit nicht derart stark politisiert sein dürfte wie unmittelbar vor einer Wahl. 1982 wurde das Wahlverhalten ganz erheblich von retrospektiven Performanzorientierungen bestimmt, wobei der Effekt der Einstellungen zur SPD-Opposition merklich stärker ins Gewicht fiel als jener der Einstellungen zur Regierungsleistung. Bis zur Wahl 1986 verlor die Oppositionsbewertung an Einfluss, während von Urteilen über die Leistung der Staatsregierung noch immer eine erhebliche Wirkung ausging. In den beiden folgenden Wahlen schwächte sich auch dieser Effekt deutlich ab, sodass 1994 retrospektive Performanzorientierungen ohne Wirkung auf das Landtagswahlverhalten blieben. Da diese beiden Landtagswahlen relativ kurz vor einer Bundestagswahl stattfanden, könnte man diese Ergebnisse als Indiz dafür werten, dass in unmittelbarer zeitlicher Nähe zu einer Bundestagswahl die Wähler die Leistung von Landesregierung und -opposition bei der Wahlentscheidung nicht im Blick haben. Dieses plausible Argument wird allerdings von den Ergebnissen zur Wahl 1998 entkräftet. Denn bei diesem Urnengang zwei Wochen vor der Bundestagswahl sind erhebliche Effekte der landespolitischen Leistungsbewertungen nachzuweisen. Ermittelt man aus dem Modell in Tabelle 2b unter Kon-

stanthaltung aller übrigen Faktoren Wahlwahrscheinlichkeiten, zeigt sich etwa, dass 1998 scharfe Kritiker der SPD-Opposition zu 77 Prozent für die CSU und zu 6 Prozent für die SPD stimmten, während mit der sozialdemokratischen Oppositionsarbeit hochzufriedene Personen zu 10 Prozent für die CSU und zu 50 Prozent für die SPD votierten. Und als ob das Distanzargument vollends entkräftet werden sollte, sind 2003, also bei einer Wahl, die ein Jahr nach der vorhergegangenen Bundestagswahl stattfand, deutlich schwächere Effekte dieser retrospektiven Orientierungen zu erkennen.

Landtagswahlen werden häufig als Duelle der Spitzenkandidaten inszeniert und interpretiert, weshalb man vermuten könnte, dass die Wahlberechtigten bei ihrer Entscheidung Kandidatenbewertungen besonders stark gewichten. Bei der Wahl 1966 wurde diese Erwartung enttäuscht, da Einstellungen zum CSU-Ministerpräsidenten Alfons Goppel und zu Volkmar Gabert von der SPD eine allenfalls schwache und der Richtung nach eher kontraintuitive Wirkung auf die Wahlentscheidung entfalteten: Unterstützung für Goppel steigerte die Wahrscheinlichkeit, gegen seine Partei und für die SPD zu stimmen. In der Umfrage aus dem Jahr 1973 begünstigten positive Einstellungen zu Goppel die CSU-Wahl zu Lasten der anderen Parteien. Sein Herausforderer Hans-Jochen Vogel spielte eine größere Rolle für die Wahlentscheidung und konnte vor allem die SPD auf Kosten der CSU stärken.

Noch deutlichere Effekte gingen 1982 von Urteilen über Goppls Nachfolger Franz Josef Strauß auf das Wahlverhalten aus. Eine positive Bewertung des Ministerpräsidenten, der die Popularität seines Vorgängers nicht erreichte, steigerte erheblich die Wahrscheinlichkeit, für die CSU zu stimmen, und zwar auf Kosten der SPD, der anderen Parteien sowie des Nichtwählerlagers. Auch Einstellungen zu Strauß' Herausforderer, Helmut Rothemund, beeinflussten das Wahlverhalten, allerdings schwächer als auf Strauß bezogene Orientierungen. Aus den im Vergleich zu den anderen untersuchten Wahlen großen Logitkoeffizienten sollte jedoch nicht voreilig geschlossen werden, dass 1982 Einstellungen zu den Spitzenkandidaten außergewöhnlich stark wirkten. Denn in der Analyse zur Wahl 1982 konnten landes- und bundespolitische Orientierungen nicht derart differenziert erfasst werden wie bei anderen untersuchten Urnengängen, weshalb der 1982 gemessene Effekt zum Teil auf einer unzureichenden Kontrolle von Drittvariablen beruhen könnte. Bei der Wahl 1986 steht der Effekt von Einstellungen zu Strauß im Schatten der Wirkungen von Einstellungen zu Karl-Heinz Hiersemann von der SPD. Allerdings dürfte der vergleichsweise starke Kandidateneffekt wegen Hiersemanns begrenzter Popularität für die SPD nicht unbedingt von Vorteil gewesen sein.

In merklichem Kontrast zu den vorangegangenen Wahlen war 1990 die Meinung der Bayern über Max Streibl und seinen Herausforderer Hiersemann für ihre Wahlentscheidung praktisch irrelevant. 1994 begünstigten vorteilhafte Einstellungen zu Edmund Stoiber die CSU-Wahl, und zwar vor allem auf Kosten kleiner Parteien. Dagegen sind keine Effekte von Einstellungen zu Renate Schmidt, Stoibers für bayerische SPD-Verhältnisse außerordentlich populären Herausforderin, auf die Wahlentscheidung nachzuweisen. Als sich das gleiche Kandidatenpaar im September 1998 wieder gegenüberstand, konnten überhaupt keine eigenständigen Kandidateneffekte mehr festgestellt werden. Renate Schmidt ist es also bei ihren beiden Kandidaturen kaum gelungen, ihre Beliebtheit unmittelbar in zusätzliche Stimmen für ihre

Partei umzumünzen. Für die jüngste Wahl im Jahr 2003 schließlich weist Tabelle 2b signifikante Kandidateneffekte aus, wobei insbesondere Urteile über Edmund Stoiber eine erhebliche Wirkung entfalteten. Diese Effekte sollten jedoch gerade im intertemporalen Vergleich vorsichtig interpretiert werden, da 2003 weniger bundesbezogene Indikatoren als bei einigen vorangegangenen Wahlen vorlagen.

In der Summe spricht die Evidenz dagegen, bayerische Landtagswahlen als Personalplebiszite über die Ministerpräsidenten und deren Herausforderer zu interpretieren. Auch lässt sich kein monotoner Trend zur Personalisierung der Wahlscheidung erkennen. Eher scheint der Einfluss kandidatenbezogener Orientierungen wahlspezifisch zu variieren, ohne dass sich an dieser Stelle die relevanten Kontextmerkmale identifizieren ließen.

Die in Tabelle 2a und 2b zusammengestellten Ergebnisse zeigen auch, dass die ausgewählten bundespolitischen Faktoren durchaus das bayerische Landtagswahlverhalten beeinflussen. Wie das Beispiel der Zufriedenheit mit der Arbeit der Bundesregierung zeigt, gehen von bundespolitischen Orientierungen jedoch nicht immer starke und erwartungskonforme Effekte aus. Bei den Landtagswahlen 1994 und 2003 ist tendenziell das plausible Muster zu beobachten, dass Parteien im Land von positiven Bewertungen einer von ihr mitgetragenen Bundesregierung und von negativen Urteilen über eine politisch konträre Bundesregierung profitieren können. 1986, 1990 und 1998 hingegen brachte Unzufriedenheit mit der christlich-liberalen Bundesregierung der CSU auf Kosten der SPD und der anderen Parteien zusätzliche Wählerstimmen ein.⁹ Diese Befunde deuten darauf hin, dass die Strategie der CSU, ihre Regierungsbeteiligung im Bund nicht immer übermäßig zu betonen und sich gelegentlich von einer Bundesregierung, der Politiker aus ihren Reihen angehören, zu distanzieren, die bayerischen Wahlberechtigten nicht unbeeinflusst gelassen hat.

Bei der Landtagswahl 1982 minderte die Zustimmung zur Einführung einer Ergänzungsabgabe etwas die Wahlbeteiligung zu Lasten der kleinen Parteien, während von der Unterstützung der atomaren Nachrüstung die CSU leicht zu Lasten der kleinen Parteien profitierte. Etwas stärker als diese beiden Sachfragen wirkte die machtpolitische Frage nach der Schuld am Scheitern der sozialliberalen Koalition. Sah eine Person die Schuld bei der FDP, entschied sie sich in Bayern deutlich seltener für eine der unter der Rubrik „Andere“ zusammengefassten Parteien und stimmte stattdessen für die SPD oder blieb der Wahlurne fern. Wie weiterführende Analysen zur Wirkung auf den Wahlausgang nahe legen, scheinen diese bundespolitischen Einflüsse die FDP und die Grünen unter die 5-Prozent-Marke gedrückt und die Wahlchancen der SPD gesteigert zu haben, was entsprechende Vermutungen in der Literatur bestätigt (vgl. Falter 1983).

Im Hinblick auf die personelle Komponente bestätigt die Evidenz generell die Vermutung, dass eine günstige Meinung über einen CDU-Bundespolitiker die CSU-Wahl im Land wahrscheinlicher macht, während positive Einstellungen zum jewei-

9 Weiterführende Analysen, in denen CSU und FDP als Bonner Koalitionspartner zu einer Kategorie zusammengefasst werden, führen zu qualitativ gleichen Ergebnissen, lediglich 1990 kommt es zu einem Vorzeichenwechsel. Allerdings sind die negativen (positiven) Effekte der Regierungszufriedenheit auf die CSU-FDP-Wahl der Tendenz nach schwächer (stärker).

ligen SPD-Politiker bayerische Wähler stärker dazu neigen lassen, für die bayerische SPD zu stimmen. Allerdings gelten diese Zusammenhänge nicht bei allen betrachteten Wahlen gleichermaßen. Bei der Wahl 1966 gingen von Urteilen über Ludwig Erhard sowie über Willy Brandt deutliche Effekte aus. Einstellungen zu dem Franken Erhard beeinflussten die Entscheidung zwischen CSU und SPD sogar so stark wie die Attitüden zu keinem CDU-Bundesakteur in einer der folgenden Wahlen: Entschiedene Gegner Erhards votierten – unter Kontrolle aller anderen Einflussfaktoren – zu drei Prozent für die CSU und zu 83 Prozent für die SPD, während bei überzeugten Erhard-Anhänger die entsprechenden Wahrscheinlichkeiten 74 bzw. zwölf Prozent betragen.¹⁰

In der Befragung aus dem Jahr 1973 wirken Einstellungen zu Willy Brandt stärker auf das Wahlverhalten und speziell auf die Entscheidung zwischen CSU und SPD als Meinungen über Rainer Barzel. Auch scheint Brandt der SPD im Saldo einen Stimmenbonus eingebracht zu haben. Allerdings gilt es zu bedenken, dass es sich dabei nur um eine Momentaufnahme mehr als ein Jahr vor der Landtagswahl 1974 handelt. 1986 und 1990 beeinflussten Einstellungen zu Helmut Kohl besonders die Entscheidung zwischen der CSU und den sonstigen Parteien, wobei ein positives Bild von Helmut Kohl die CSU-Wahl vor allem zu Lasten der FDP, aber auch der REP, begünstigt haben dürfte.¹¹ Zustimmung zu Johannes Rau steigerte 1986 etwas die Wahrscheinlichkeit, für die SPD zu stimmen, vor allem begünstigte sie aber die Wahlenthaltung. 1990 hingegen schmälerten positive Einstellungen zu Oskar Lafontaine die Wahlchancen der CSU – und zwar zugunsten der SPD, der anderen Parteien¹² und der Nichtwahl in etwa gleichem Maße. Bis zur Landtagswahl 1994 schwächte sich der Kohl-Effekt ab, doch konnten positive Urteile über den Kanzler noch immer leicht zur CSU-Wahl mobilisieren. Vorteilhafte Meinungen über Rudolf Scharping steigerten die SPD-Wahlchancen zu Lasten der anderen Parteien und der Wahlenthaltung. 1998 schließlich beeinflussten Einstellungen zu den beiden Spitzenkandidaten für die zwei Wochen später stattfindende Bundestagswahl die Entscheidung zwischen CSU und SPD, was für Helmut Kohl noch stärker galt als für Gerhard Schröder.

Bei bayerischen Landtagswahlen können auch Urteile über CSU-Politiker in der Bundesarena eine Rolle spielen. Wie den Ergebnissen in Tabelle 2a zu entnehmen ist, gingen von Einstellungen zu Franz Josef Strauß als CSU-Bundespolitiker in den Jahren 1966 und 1974 erhebliche Wirkungen auf das Wahlverhalten in Bayern aus. Beispielsweise votierten in der Umfrage zur Wahl 1974 strikte Strauß-Gegner – ceteris paribus – zu 26 Prozent für die CSU, während glühende Anhänger des CSU-

10 Der intertemporale Vergleich stützt sich auf die Modelle mit sozialstrukturellen Kontrollvariablen (vgl. auch Fußnote 7).

11 Eine weiterführende Analyse bestätigt diese Vermutung für die Wahl 1990. Sie zeigt darüber hinaus, dass bei diesem Urnengang Einstellungen zu Hans-Dietrich Genscher das Wahlverhalten in Bayern beeinflussten, und zwar vor allem die Wahlentscheidung zugunsten der FDP, auf Kosten von CSU und von anderen kleinen Parteien wie REP und ÖDP, begünstigten. Die FDP scheint ihren knappen Landtagseinzug 1990 somit nicht zuletzt Genschers Ansehen zu verdanken.

12 Hauptsächlich profitierten davon die Grünen, wie eine ergänzende Analyse zeigt.

Vorsitzenden zu 87 Prozent die Regierungspartei wählen wollten. Daher scheint auch unter Berücksichtigung der methodischen Probleme der Analysen zu diesen beiden Wahlen die Schlussfolgerung zulässig, dass Einstellungen zum Bonner CSU-Vorsitzenden 1966 und 1974 die Landtagswahlabsicht beeinflussten.

Im Hinblick auf Theo Waigel sind die Dinge verwickelter. Bei der Wahl 1990 gingen von Urteilen über den CSU-Vorsitzenden allenfalls schwache und der Richtung nach kontraintuitive Wirkungen aus, da positive Urteile über ihn die Wahrscheinlichkeit, in Bayern für die CSU zu stimmen, sinken ließen, während sie die Wahlchancen der kleinen Parteien, und dabei speziell der FDP, verbesserten. Es scheint, als sei der Nachfolger von Franz Josef Strauß als CSU-Vorsitzender knapp zwei Jahre nach der Amtsübernahme noch nicht vollkommen akzeptiert gewesen, sondern eher als Repräsentant der Bonner Regierung angesehen worden, welcher Waigel seit dem Frühjahr 1989 als Bundesfinanzminister angehörte und in der er eher einen kooperativen Kurs steuerte, denn als regierungsinterne Opposition zu agieren. Wie die Ergebnisse in Tabelle 2b dokumentieren, traten dagegen bei der Wahl 1998 die erwarteten Effekte auf: Die Unterstützung für den CSU-Vorsitzenden steigerte die Wahlchancen der CSU deutlich.

Einstellungen zur Bundespolitik haben das Stimmverhalten bei den betrachteten Landtagswahlen also durchaus beeinflusst. Allerdings ist der eigenständige Beitrag der bundespolitischen Orientierungen zur Erklärung des bayerischen Landtagswahlverhaltens begrenzt. Dies verdeutlicht ein Blick auf die minimalen Erklärungsbeiträge der Bundesebene in Tabelle 3. Führt man die Bundesindikatoren neben landespolitischen und ebenenunspezifischen Faktoren als Prädiktoren in die Analyse ein, steigt die Erklärungskraft der Modelle kaum.¹³

Zugleich zeigt Tabelle 3, dass bei der Analyse bayerischen Landtagswahlverhaltens tatsächlich erhebliche Konfundierungsprobleme auftreten und daher die angeführten minimalen Erklärungsbeiträge die Wirkung der Bundesfaktoren unterschätzen. Wären nominell landes- und bundespolitische Einstellungen vollkommen unabhängig voneinander, wäre der gemeinsame Erklärungsbeitrag beider Faktorenbündel (Zeile 4) genauso groß wie die Summe ihrer Erklärungsbeiträge bei getrennter Betrachtung (Zeile 2 und 3). Annähernd ist dies 1982 und 2003 der Fall, also bei zwei Wahlen mit recht dürftigen Bundesindikatoren. Bei anderen Wahlen ist die Summe der Einzelbeiträge beträchtlich kleiner als der gemeinsame Erklärungsbeitrag. Beispielsweise steigern 1986 beide Faktorenbündel zusammen die Erklärungskraft um 18 Punkte, getrennt jedoch nur um acht Punkte. In dieser Diskrepanz von zehn Punkten spiegeln sich die Separierungsprobleme wider, die auf die inhaltliche Verflechtung von landes- und bundespolitischer Arena zurückzuführen sind, etwa Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten zu bundespolitischen Fragen. Folglich steckt in der mit statistischen Mitteln nicht eindeutig einer Ebene zuzuordnenden Erklärungskraft ein Gutteil Bundespolitik, ohne dass sich dieser genau beziffern ließe. Bundespolitische Orientierungen dürften daher bayerisches Landtagswahlver-

13 Der Wert bei der Wahl 1966 deutet in eine andere Richtung, ist jedoch wegen der datenbedingten Modellspezifikation zu relativieren.

halten stärker beeinflussen, als es die ihnen zugeschriebenen Erklärungsbeiträge vermuten lassen.

Tabelle 3: Minimale Varianzaufklärungspotenziale von landes- und bundespolitischen Faktoren bei bayerischen Landtagswahlen 1966-2003

	1966	1974	1982	1986	1990	1994	1998	2003
KPR ²	.22	.77	.51	.49	.48	.37	.45	.41
Δ KPR ² (Land)	-.01	.00	.13	.08	.05	.04	.07	.06
Δ KPR ² (Bund)	.11	.04	.01	.00	.01	.00	.02	.00
Δ KPR ² (B + L)	.12	.11	.15	.18	.11	.08	.14	.07

KPR² = korrigiertes Pseudo-R² nach McFadden. Δ KPR² (Land) = KPR² (Bund + Land + ebenenunspezifische Faktoren) – KPR² (Bund + ebenenunspezifische Faktoren); Δ KPR² (Bund) = KPR² (Bund + Land + ebenenunspezifische Faktoren) – KPR² (Land + ebenenunspezifische Faktoren); Δ KPR² (B + L) = KPR² (Bund + Land + ebenenunspezifische Faktoren) – KPR² (ebenenunspezifische Faktoren). Die Werte basieren auf den Modellen in Tabelle 2a und 2b. Negative KPR²-Werte können bei Prädiktoren auftreten, die die Erklärungskraft nicht substantiell steigern, aber bei der Korrektur von Pseudo-R² ins Gewicht fallen. Quelle: ZA 4182.

Nur der reine Bundeseffekt kann berücksichtigt werden, wenn nun gefragt wird, ob die Stärke des bundespolitischen Einflusses vom Zeitpunkt einer Landtagswahl abhängt. Dazu wurden Modelle geschätzt, in denen neben den bereits verwendeten Variablen der zeitliche Abstand zur nächstgelegenen Bundestagswahl sowie die Interaktion aus Bundesvariablen und der zeitlichen Distanz berücksichtigt wurden. Die Ergebnisse in Tabelle 4 zeigen, dass reine Bundeseffekte auf das Landtagswahlverhalten in Bayern mit zunehmender zeitlicher Distanz zu einer Bundestagswahl nicht abnehmen. Soweit sich Wirkungstendenzen abzeichnen, scheinen in Bayern bundespolitische Einflüsse auf das Wahlverhalten bei Landtagswahlen mit wachsender Entfernung zu einer Bundestagswahl sogar eher zu- als abzunehmen. Die Politisierung bundespolitischer Themen bei bayerischen Landtagswahlen scheint somit nicht nach dem Muster zu verlaufen, das die einfache Distanzhypothese unterstellt.¹⁴

14 Diese Schlussfolgerung wurde durch weitere Analysen mit logarithmisch transformierten und dichotomisierten Distanzvariablen zusätzlich abgesichert.

Tabelle 4: Bundespolitische Effekte in Abhängigkeit von der zeitlichen Distanz zur nächstgelegenen Bundestagswahl (Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten, robuste Standardfehler in Klammern)

	Modell 1			Modell 2		
	CSU	SPD	NW	CSU	SPD	NW
Bundesregierung	.21 ^a (.10)	.03 (.10)	.04 (.11)			
Bundesregierung × Distanz	.29 (.36)	.19 (.36)	.41 (.36)			
Distanz	-.24 (.23)	.12 (.20)	-.11 (.21)	-.28 ^a (.11)	.79 ^c (.10)	.35 ^b (.11)
CDU-Politiker				.81 ^b (.10)	-.35 ^c (.09)	-.03 (.10)
SPD-Politiker				-.23 ^b (.09)	.99 ^c (.09)	.04 (.09)
CDU-Politiker × Distanz				.15 (.08)	-.04 (.07)	.06 (.08)
SPD-Politiker × Distanz				.04 (.07)	-.08 (.07)	.07 (.07)
Korr. Pseudo-R ²		.45			.29	
N		3433			3613	

Signifikanzniveaus: a: $p \leq .05$; b: $p \leq .01$; c: $p \leq .001$. Für diese Analyse wurde die Zufriedenheit mit einer SPD-geführten Bundesregierung umgepolt. Variablen, aus denen Interaktionsterme gebildet wurden, wurden standardisiert, sodass in der Analyse keine ernsthaften Kollinearitätsprobleme auftreten. In *Modell 1* sind zusätzlich folgende Variablen enthalten: Landesregierung, Landesopposition, CSU-Sieg, Alleinregierung, Kompetenz CSU, Kompetenz SPD, CSU-Kandidat, SPD-Kandidat, CSU-Bindung, SPD-Bindung, Andere-Bindung. *Modell 2* enthält folgende Variablen, zu denen die Schätzergebnisse nicht berichtet werden: Landesregierung, CSU-Kandidat, SPD-Kandidat sowie die Fußnote 7 angeführten soziodemographischen Merkmale. Die Umfrage aus dem Jahr 1973 wurde wegen ihrer Entfernung zu einer realen Landtagswahl und der speziellen Erhebung der abhängigen Variable nicht in die Analyse einbezogen. Quelle: ZA 4182.

Es wurde auch vermutet, das politische Interesse der Wahlberechtigten steuere die Stärke des Einflusses bundespolitischer Faktoren auf die Landtagswahlentscheidung. Um dies zu klären, wurden Interaktionsterme aus dem politischen Interesse und den jeweiligen substanziellen Variablen in die Modelle einbezogen. Die in Tabelle 5 zusammengestellten Ergebnisse sprechen gegen die Vermutung, politisches Interesse moderiere in jedem Fall die Wirkung bundespolitischer Faktoren in erheblichem Maße; insbesondere 2003 lässt sich kein moderierender Einfluss erkennen. Soweit Effekte auftreten, sind sie nicht stark. Der Richtung nach sind sie in einigen Fällen mit der Hypothese vereinbar, politisches Interesse schwäche bundespolitische Effekte auf Landtagswahlverhalten, in anderen widersprechen sie dieser jedoch. In der Umfrage zur Wahl 1974 nimmt mit wachsendem politischem Interesse die Wirkung von Einstellungen zu Strauß auf die Entscheidung zwischen CSU und SPD leicht ab.

Ein ähnliches Muster ist 1998 bei den Einstellungen zu Helmut Kohl auf die CSU-Wahl zu erkennen. 1994 kehrt sich die positive Wirkung vorteilhafter Einstellungen zu Helmut Kohl mit zunehmendem Interesse um. Bei der Wahl 1986 schließlich verstärkt sich der positive Effekt von Unzufriedenheit mit der Bundesregierung auf die CSU-Wahl mit zunehmendem Interesse; ebenso gewinnt der Effekt von Einstellungen zu Johannes Rau an Stärke. Die gemischten Befunde sprechen insgesamt für eine schwache und kontextabhängige Wirkung politischen Interesses auf die Stärke bundespolitischer Einflüsse auf bayerisches Landtagswahlverhalten.¹⁵ Bundespolitisch motiviertes Landtagswahlverhalten kann in Bayern somit nicht ohne weiteres als Ausweis außerordentlich stark ausgeprägter politischer Involvement oder als Ausfluss mangelnden politischen Interesses gelten.

Tabelle 5: Effekte bundespolitischer Einflüsse auf Landtagswahlverhalten in Abhängigkeit vom politischen Interesse (Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten, robuste Standardfehler in Klammern)

	1974		1986		
	CSU	SPD	CSU	SPD	NW
Bundesregierung			-.92 (.55)	-.05 (.40)	-.59 (.47)
CSU-Politiker	.51 (.34)	-.71 ^a (.35)			
CDU-Politiker	.80 ^a (.38)	.28 (.33)	1.21 ^a (.48)	.08 (.40)	.28 (.52)
SPD-Politiker	-.39 (.26)	.78 ^a (.34)	.12 (.38)	.82 ^a (.32)	.66 (.37)
Interesse	-.25 (.24)	-.18 (.34)	-.01 (.29)	-.68 ^b (.25)	-1.41 ^c (.32)
Bundesregierung × Interesse			-1.11 ^a (.47)	-.30 (.42)	-.36 (.43)
CSU-Politiker × Interesse	.70 ^b (.24)	.79 ^b (.26)			
CDU-Politiker × Interesse	-.04 (.24)	-.05 (.22)	.62 (.42)	.43 (.37)	.36 (.44)
SPD-Politiker × Interesse	-.02 (.23)	.01 (.28)	-.57 ^a (.27)	.38 (.24)	-.31 (.27)
Korr. Pseudo-R ²		.77		.77	
N		988		724	

15 Die formale Bildung entfaltet praktisch keine Moderatorwirkung. Mit dem gleichen Verfahren wurde die Validität direkter Fragen zur (relativen) subjektiven Bedeutung bundespolitischer Faktoren für die Landtagswahlentscheidung untersucht. Diese Analyse führte zu einem insgesamt negativen Ergebnis. Allerdings könnten die direkten Fragen andere als die mit den hier verwendeten Bundesindikatoren abgebildeten unmittelbaren bundespolitischen Einflüsse erfassen.

	1994			1998		
	CSU	SPD	NW	CSU	SPD	NW
Bundesregierung	.38 (.36)	.25 (.31)	.65 (.37)	-.43 (.36)	-.04 (.29)	.24 (.46)
CSU-Politiker				1.21 ^c (.33)	.46 (.25)	.15 (.34)
CDU-Politiker	.42 (.34)	.05 (.29)	-.65 ^a (.28)	.48 (.33)	-.45 (.29)	-.22 (.46)
SPD-Politiker	.08 (.30)	.62 ^a (.30)	-.14 (.31)	-.16 (.30)	.60 ^a (.30)	.11 (.38)
Interesse	.18 (.26)	-.27 (.26)	-.89 ^a (.39)	-.29 (.36)	.01 (.38)	-1.43 ^b (.50)
Bundesregierung × Interesse	-.09 (.28)	-.18 (.31)	-1.78 ^c (.44)	.00 (.42)	-.38 (.42)	-.11 (.48)
CSU-Politiker × Interesse				.00 (.36)	.10 (.24)	-.03 (.37)
CDU-Politiker × Interesse	-.57 ^a (.27)	-.30 (.29)	1.23 ^b (.43)	.17 (.33)	.62 ^a (.28)	-.47 (.38)
SPD-Politiker × Interesse	.23 (.22)	.46 (.28)	.05 (.30)	.28 (.28)	.24 (.26)	.87 ^a (.38)
Korr. Pseudo-R ²		.39			.46	
N		602			631	

	2003		
	CSU	SPD	NW
Bundesregierung	-.22 (.25)	-.06 (.26)	-.12 (.27)
Interesse	-.65 ^a (.24)	-.08 (.23)	-1.08 ^c (.29)
Bundesregierung × Interesse	-.04 (.26)	.18 (.26)	-.46 (.29)
Korr. Pseudo-R ²		.41	
N		706	

Signifikanzniveaus: a: $p \leq .05$; b: $p \leq .01$; c: $p \leq .001$. Als Grundlage dienen die in Tabelle 2a und 2b dargestellten Modelle, wobei die Ergebnisse zu den übrigen enthaltenen Variablen aus Platzgründen nicht berichtet werden. Variablen, aus denen Interaktionsterme gebildet wurden, wurden standardisiert, sodass in der Analyse keine ernsthaften Kollinearitätsprobleme auftreten. Quelle: ZA 4182.

5. Schlussfolgerungen

Ziel des vorliegenden Beitrags war es, das Wahlverhalten bei bayerischen Landtagswahlen auf bundespolitische Einflüsse hin zu untersuchen. Zunächst wurde ein Modell zur Erklärung von Landtagswahlverhalten formuliert, in das dann bundespolitische Faktoren theoretisch konsistent integriert wurden. Dies erlaubte es, Hypothesen zu formulieren, bayerische Besonderheiten herauszuarbeiten und Messprobleme zu identifizieren. In der Analyse des Wahlverhaltens bei bayerischen Landtagswahlen zwischen 1966 und 2003 konnte gezeigt werden, dass bundespolitische Orientierungen neben landespolitischen und ebenenunspezifischen Faktoren Landtagswahlverhalten durchaus beeinflussen, es aber schwierig ist, landes- und bundespolitische Einflüsse zu separieren. Wenn sie ihre Landtagsstimmen abgeben, sind bayerische Wähler also für Bundeseinflüsse durchaus zugänglich, lassen sich aber beileibe nicht nur von diesen beeinflussen. Folglich haben Siege und Niederlagen bei bayerischen Landtagswahlen in der Regel bundes- und landespolitische Väter. Erst recht muss man die These, bayerische Landtagswahlen seien von der Bundespolitik abgekoppelt, zurückweisen, wenn man bedenkt, dass die vorliegende Analyse indirekte Bundeseffekte nicht berücksichtigen konnte. Um ein vollständiges Bild von den Gründen der Wahlentscheidung bei bayerischen Landtagswahlen zu erhalten, ist es daher unabdingbar, bundespolitische Faktoren einzubeziehen. Daher sollte die Forschung künftig die Bundespolitik bei Landtagswahlanalysen ganz selbstverständlich als mögliche Einflussgröße berücksichtigen.

Unter den bundespolitischen Faktoren kommt Einstellungen zu Bundespolitikern ein größerer Einfluss zu als Einstellungen zu bundespolitischen Streitfragen und zur Arbeit der Bundesregierung. Dieses Muster deutet darauf hin, dass personenbezogene Orientierungen besonders leicht als Bundesheuristiken genutzt werden können. Allerdings lassen sich diese Befunde nicht ohne Weiteres beliebig verallgemeinern. Denn wie die Evidenz zur Wirkung der Regierungszufriedenheit andeutet, scheinen die Effekte durch strategisches Handeln politischer Eliteakteure beeinflussbar. Eine entsprechende Politisierung vorausgesetzt, könnten spezifische Bundesissues durchaus eine erhebliche Wirkung entfalten. Ebenso könnten sich die Effekte der Regierungszufriedenheit unter einem Bundeskanzler aus den Reihen der CSU anders darstellen als bei den untersuchten Wahlen.

Die Analyse hat Hypothesen zur moderierenden Wirkung politischen Interesses und des Zeitpunkts einer Landtagswahl allenfalls schwach unterstützt. Es wäre jedoch voreilig, wollte man daraus folgern, dass individuelle Prädispositionen der Stimmberechtigten und die politischen Konstellationen, unter denen Landtagswahlen stattfinden, für die Wirkung von Bundesfaktoren irrelevant seien. Vielmehr sollte die künftige Forschung versuchen, die Theorien weiterzuentwickeln und bessere Indikatoren zu entwickeln. Beispielweise könnte sie den Fragen nachgehen, inwieweit politisches Wissen, landespolitisches Interesse und eine ausgeprägte bayerische Identität, aber auch Koalitionskonstellationen, Regierungsbeteiligungen oder die Stärke bundespolitischer Konflikte die Wirkung bundespolitischer Faktoren steuern.

Die CSU wurde in der theoretischen Diskussion als eine bayerische Besonderheit identifiziert, welche die Rolle der Bundespolitik bei bayerischen Landtagswahlen

beeinflussen könnte. In der empirischen Evidenz finden sich einige Anhaltspunkte für diese Vermutung. So dürften auf den ersten Blick kontraintuitive erscheinende Wirkungen bundespolitischer Orientierungen mit dem Handeln der janusköpfigen CSU zusammenhängen. Ebenso scheint die Doppelrolle der CSU die Vermischung von bundes- und landespolitischen Einflüssen zu begünstigen. Ja, man könnte sogar spekulieren, dass die besondere bayerische Konstellation eine außerordentlich starke bundespolitische Durchdringung bayerischer Landtagswahlen zur Folge haben könnte. Die vorliegende, auf Bayern begrenzte Untersuchung kann diese Fragen nach bayerischen Besonderheiten naturgemäß nicht klären. Dazu sollten künftig verstärkt ländervergleichende Analysen durchgeführt werden.¹⁶ Dies erscheint um so sinnvoller, als sie nicht nur bayerische Spezifika herausarbeiten, sondern auch dazu beitragen könnten, das Zusammenspiel von Bundes- und Landespolitik bei Landtagswahlen im bundesdeutschen Föderalismus insgesamt besser zu verstehen.

Literatur

- Alesina, Alberto/Rosenthal, Howard G. 1995: *Partisan Politics, Divided Government, and the Economy*. New York: Cambridge University Press.
- Anderson, Christopher J./Ward, Daniel S. 1996: Barometer Elections in Comparative Perspective. In: *Electoral Studies* 15, 447-460.
- Burkhardt, Simone 2005: Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976-2000. In: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 14-38.
- Campbell, Angus 1960: Surge and Decline: A Study of Electoral Change. In: *Public Opinion Quarterly* 24, 397-418.
- Campbell, Angus/Converse, Philip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E. 1960: *The American Voter*. New York: Free Press.
- Campbell, James E. 1991: The Presidential Surge and its Midterm Decline in Congressional Elections, 1868-1988. In: *Journal of Politics* 53, 477-487.
- Campbell, James E./Summers, Joe A. 1990: Presidential Coattails in Senate Elections. In: *American Political Science Review* 84, 513-524.
- Decker, Frank/von Blumenthal, Julia 2002: Die bundespolitische Durchdringung der Landtagswahlen. Eine empirische Analyse von 1970 bis 2002. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33, 144-164.
- Dinkel, Reiner 1977: Der Zusammenhang zwischen Bundes- und Landtagswahlergebnissen. In: *Politische Vierteljahresschrift* 18, 349-359.
- Dinkel, Reiner 1989: Landtagswahlen unter dem Einfluß der Bundespolitik: Die Erfahrung der letzten Legislaturperioden. In: Falter, Jürgen W./Rattinger, Hans/Troitzsch, Klaus G. (Hrsg.): *Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland. Neuere Entwicklungen der Forschung* Frankfurt am Main; Bern; New York; Paris: Lang, 253-262.
- Erikson, Robert S. 1988: The Puzzle of Midterm Loss. In: *Journal of Politics* 50, 1011-1029.

16 Ein Ende der CSU-Vormachtstellung ermöglichte zudem ein interessantes natürliches Experiment zur Rolle der CSU bei der Vermittlung bundespolitischer Einflüsse auf bayerische Landtagswahlen.

- Erikson, Robert S. 1990: Economic Conditions and the Congressional Vote: A Review of Macrolevel Evidence. In: *American Journal of Political Science* 34, 373-399.
- Erikson, Robert S./Filippov, Mikhail G. 2001: Electoral Balancing in Federal and Sub-national Elections: The Case of Canada. In: *Constitutional Political Economy* 12, 313-331.
- Fabritius, Georg 1978: Wechselwirkungen zwischen Landtagswahlen und Bundespolitik. Meisenheim am Glan: Anton Hain.
- Fabritius, Georg 1983: Landtagswahlen und Bundestagswahlen. Warum Landtagswahlen ohne bundespolitische Einflüsse und Auswirkungen undenkbar sind. In: Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): *Westeuropas Parteiensysteme im Wandel*. Stuttgart: Kohlhammer, 113-126.
- Falter, Jürgen W. 1983: Die bayerische Landtagswahl vom 10. Oktober 1982: Im Süden – beinahe – alles beim Alten (sic!). In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 14, 82-95.
- Ferejohn, John A./Calvert, Randall L. 1984: Presidential Coattails in Historical Perspective. In: *American Journal of Political Science* 28, 127-146.
- Fiorina, Morris P. 1996: *Divided Government*. 2. Auflage. Boston u.a.: Allyn and Bacon.
- Florack, Martin/Hoffmann, Markus 2006: Die Bundesrepublik in der "Wahlverflechtungsfalle": Wahlen im föderalen Politikgefüge. In: Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (Hrsg.): *Wahlsysteme und Wahltypen. Politische Systeme und regionale Kontexte im Vergleich*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 100-121.
- Gabriel, Oscar W. 2002: Die baden-württembergische Landtagswahl vom 25. März 2001: Fehlschlag einer „Teufelsaustreibung“. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 33, 10-26.
- Gabriel, Oscar W./Thaidigsmann, S. Isabell/Völkl, Kerstin 2002: Alles bleibt so, wie es war! Erklärungsfaktoren für die Wählerentscheidung bei der baden-württembergischen Landtagswahl 2001. In: Schmid, Josef/Griese, Honza (Hrsg.): *Wahlkampf in Baden-Württemberg. Organisationsformen, Strategien und Ergebnisse der Landtagswahl vom 25. März 2001*. Opladen: Leske und Budrich, 153-172.
- Gaines, Brian J./Crombez, Christophe 2004: Another Look at Connections Across German Elections. In: *Journal of Theoretical Politics* 16, 289-319.
- Görl, Tilo 2001: Regionalisierung der politischen Landschaft in den neuen Bundesländern am Beispiel der Landtagswahlen 1999 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 32, 94-123.
- Golder, Matt 2006: Presidential Coattails and Legislative Fragmentation. In: *American Journal of Political Science* 50, 34-48.
- Hofrichter, Jürgen/Westle, Bettina 2000: Wahlkampf wirkt – Eine Analyse der hessischen Landtagswahl 1999. In: Mohler, Peter Ph./Lüttinger, Paul (Hrsg.): *Querschnitt. Festschrift für Max Kaase*. Neustadt: Verlag Pfälzische Post, 149-176.
- Hough, Daniel/Jeffery, Charlie 2003: Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34, 79-94.
- Iyengar, Shanto/Peters, Mark D./Kinder, Donald R. 1982: Experimental Demonstrations of the „Not-So-Minimal“ Consequences of Television News Programs. In: *American Political Science Review* 76, 848-858.
- Jeffery, Charlie/Hough, Daniel 2001: The Electoral Cycle and Multi-Level Voting in Germany. In: *German Politics* 10, 73-98.
- Jung, Gabriele/Rieger, Günter 1995: Die bayerische Landtagswahl vom 25. September 1994: Noch einmal gelang der CSU ein machiavellisches Lehrstück. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 26, 232-249.
- Kaase, Max/Gibowski, Wolfgang G. 1988: Die Landtagswahlen 1987/88. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B30/31, 3-18.

- Kießling, Andreas 2004: Die CSU: Machterhalt und Machterneuerung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klos, Daniela 2003: Motivtransfer bei Nebenwahlen: Ein Vergleich wahlspezifischer und bundespolitischer Einflussfaktoren auf die Wahlentscheidung bei der hessischen Landtagswahl und der Europawahl in Deutschland 1999. In: Brettschneider, Frank/van Deth, Jan/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen: Leske und Budrich, 335-359.
- König, Thomas 1998: Regierungswechsel ohne politischen Wandel? Ein Vergleich des wirtschaftspolitischen Handlungsspielraums der Regierung Kohl, einer Regierung Schröder, einer Großen Koalition und einer SPD-Alleinregierung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 29, 478-495.
- Leunig, Sven 2003: Öl oder Sand im Getriebe? Der Einfluß der Parteipolitik auf den Bundesrat als Veto-Player im Gesetzgebungsprozeß. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34, 778-791.
- Lohmann, Susanne/Brady, David W./Rivers, Douglas 1997: Party Identification, Retrospective Voting, and Moderating Elections in a Federal System. In: Comparative Political Studies 30, 420-449.
- Mebane, Walter R. jr. 2000: Coordination, Moderation and Institutional Balancing in American Presidential and House Elections. In: American Political Science Review 94, 37-57.
- Mintzel, Alf 1975: Die bayerische Landtagswahl vom 27. Oktober 1974. Triumph einer konservativen Partei: ein wahlsoziologischer Sonderfall? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 6, 429-446.
- Mondak, Jeffery J. 1990: Determinants of Coattail Voting. In: Political Behavior 12, 265-288.
- Mondak, Jeffery J./McCurley, Carl 1994: Cognitive Efficiency and the Congressional Vote: The Psychology of Coattail Voting. In: Political Research Quarterly 47, 151-175.
- Müller-Hilmer, Rita 1999: Die niedersächsische Landtagswahl vom 1. März 1998: Die Kür des Kanzlerkandidaten. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 30, 41-55.
- Niemi, Richard/Wright, Stephen G./Powell, Lynda W., 1987: Multiple Party Identifiers and the Measurement of Party Identification. In: Journal of Politics 49, 1093-1103.
- Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann, 1980: Nine Second-order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. In: European Journal of Political Research 8, 3-44.
- Renz, Thomas/Rieger, Günter 1999: Die bayerische Landtagswahl vom 13. September 1998: Laptop, Lederhose und eine Opposition ohne Optionen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 30, 78-97.
- Rieger, Günter 2003: Die bayerische Landtagswahl vom 21. September 2003: Banale Sensationen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34, 702-720.
- Scheve, Kenneth/Tomz, Michael 1999: Electoral Surprise and the Midterm Loss in U.S. Congressional Elections. In: British Journal of Political Science 29, 507-521.
- Schmitt-Beck, Rüdiger 2000: Die hessische Landtagswahl vom 7. Februar 1999: Der Wechsel nach dem Wechsel. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 31, 3-17.
- Schmitt-Beck, Rüdiger/Weins, Cornelia 2003: Die hessische Landtagswahl vom 2. Februar 2003: Erstmals Wiederwahl einer CDU-Regierung. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 34, 671-688.
- Schoen, Harald/Weins, Cornelia 2005: Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 187-242.
- Schultze, Rainer-Olaf 1987: Die bayerische Landtagswahl vom 12. Oktober 1986: Stabile Verhältnisse wie nachhaltige Veränderungen. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 18, 38-56.
- Schultze, Rainer-Olaf 1991: Die bayerische Landtagswahl vom 14. Oktober 1990: Bayerische Besonderheiten und bundesrepublikanische Normalität. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 22, 40-58.

- Stewart, Marianne C./Clarke, Harold D. 1998: The Dynamics of Party Identification in Federal Systems: The Canadian Case. In: American Journal of Political Science 42, 97-116.
- Trystan, D./Scully, R./Wyn Jones, R. 2003: Explaining the 'Quiet Earthquake': Voting Behaviour in the First Election to the National Assembly for Wales. In: Electoral Studies 22, 635-650.
- Zaller, John R. 1992: The Nature and Origins of Mass Opinion. New York: Cambridge University Press.

Anhang

- Wahlentscheidung:* „Und welche Partei werden Sie wählen? Bzw. falls bereits Briefwahl gemacht: Welche Partei haben Sie gewählt?“; 1 „CSU“, 2 „SPD“, 3 „andere Partei“ (Referenzkategorie), 4 „Nichtwahl“ (1974 nicht erhoben).
- Parteiidentifikation:* „In der Bundesrepublik neigen viele Leute längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? (Wenn ja, welcher?)“ Ja, und zwar der ...; Dummyvariablen für CSU-Anhänger, SPD-Anhänger, Anhänger anderer Parteien (1982 und 1986 sind die letzten beiden Gruppen aus statistischen Gruppen zusammengefasst).
- Bundesregierung:* „Wie zufrieden sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung (Parteien)?“ Wert auf 11er-Skala mit Wertebereich von 0 bis 1.
- Koalitionsbruch:* „Lag das (das Auseinanderbrechen der Bonner SPD/FDP-Regierung) eher an der SPD oder eher an der FDP?“; 0 „eher an der SPD“, 1 „eher an der FDP“.
- Nachrüstung:* „Wir haben einige politische Forderungen aufgeschrieben, über die hier in Bayern gesprochen wird. Bitte sagen Sie uns für jede dieser Forderungen, ob Sie eher dafür oder eher dagegen sind: Keine neuen Raketen in der Bundesrepublik, egal was der Osten tut“; 0 „eher dagegen“, 1 „eher dafür“.
- Ergänzungsabgabe:* „(Vorspann siehe Nachrüstung) Ergänzungsabgabe für Besserverdienende“; 0 „eher dagegen“, 1 „eher dafür“.
- Kanal:* „(Vorspann siehe Nachrüstung) Planmäßige Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals“; 0 „eher dagegen“, 1 „eher dafür“.
- Kernkraftwerk:* „(Vorspann siehe Nachrüstung) Zügiger Ausbau der Kernkraftwerke in Bayern“; 0 „eher dagegen“, 1 „eher dafür“.
- Schule:* „(Vorspann siehe Nachrüstung) Einführung der Gesamtschule als zusätzliches Schulangebot“; 0 „eher dagegen“, 1 „eher dafür“.
- Landesregierung:* „Sind Sie mit dem, was die jetzige CSU-Landesregierung geleistet hat, eher zufrieden oder eher unzufrieden?“ (variierende Formulierung). Wert auf 11er-Skala mit Wertebereich von 0 bis 1.
- Landesopposition:* „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie mit den Leistungen der SPD in der Opposition in Bayern?“ (variierende Formulierung). Wert auf 11er-Skala mit Wertebereich von 0 bis 1.
- Kandidatenbewertung:* „Bitte sagen Sie mir wieder mit dem Thermometer von plus 5 bis minus 5, was Sie von einigen führenden Politikern halten. ‚Plus 5‘ bedeutet, dass Sie sehr viel von dem Politiker halten. ‚Minus 5‘ bedeutet, dass Sie überhaupt nichts von ihm halten. Wenn Ihnen einer der Politiker unbekannt ist, brauchen Sie ihn natürlich nicht einzustufen. Was halten Sie von (Politikernamen)?“; Wert auf 11er-Skala mit Wertebereich von 0 bis 1.
- CSU-Landeskandidat:* 1966, 1974: Alfons Goppel; 1982, 1986: Franz Josef Strauß; 1990: Max Streibl; 1994 -2003: Edmund Stoiber.

SPD-Landeskandidat: 1966: Volkmar Gabert; 1974: Hans-Jochen Vogel; 1982: Helmut Rotthemund; 1986, 1990: Karl-Heinz Hiersemann; 1994, 1998: Renate Schmidt; 2003: Franz Maget. Wegen der geringen Bekanntheit der SPD-Kandidaten in den Jahren 1966 und 2003 wurde in diesen Jahren die Präferenz für den SPD-Kandidaten als Dummyvariable codiert.

CDU-Bundespolitiker: 1966: Ludwig Erhard; 1974: Rainer Barzel; 1986-1998: Helmut Kohl.

SPD-Bundespolitiker: 1966, 1973: Willy Brandt; 1986: Johannes Rau; 1990: Oskar Lafontaine; 1994: Rudolf Scharping; 1998: Gerhard Schröder.

CSU-Vorsitzender: 1966, 1974: Franz Josef Strauß; 1990, 1998: Theo Waigel.

Kompetenzzuweisung CSU: Index, der die Zahl der Politikfelder angibt, auf denen die CSU in Bayern als kompetent angesehen wird. Wertebereich auf 0 bis 1 normiert. Politikfelder: 1986: Arbeitslosigkeit, Umweltschutz; 1990: Arbeitslosigkeit, Wohnungsmarkt, Ausländerpolitik, Umweltschutz; 1994: Arbeitslosigkeit, Wohnungsmarkt, Ausländerpolitik, Umweltschutz, Verbesserung der wirtschaftlichen Lage; 1998: Arbeitslosigkeit, Kriminalitätsbekämpfung, Ausländerpolitik, Umweltschutz, Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, Finanzprobleme; 2003: Arbeitslosigkeit, Wohnungsmarkt, Ausländerpolitik, Umweltschutz, Lösung wirtschaftlicher Probleme.

Kompetenzzuweisung SPD: analog zur CSU-Variable.

Alleinregierung: „Wenn bei der Landtagswahl die CSU so abschneidet, dass sie alleine regieren kann, finden Sie das gut, oder finden Sie das nicht gut?“; 0 „finde ich gut“, 1 „finde ich nicht gut“.

CSU-Wahlsieg: „Was glauben Sie persönlich: Wer wird die Landtagswahl in Bayern gewinnen?“; 1 „CSU“, 0 „andere“.

Politisches Interesse: „Wie stark interessieren Sie sich für Politik?“ (in verschiedenen Varianten); recodiert auf den Wertebereich 0-1.

Tabelle 2a: Einfluss landes- und bundespolitischer Faktoren und Parteibindungen bei bayerischen Landtagswahlen 1966-1986
(Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten, robuste Standardfehler in Klammern)

	1966 [®]			1974		1982			1986		
	CSU	SPD	NW	CSU	SPD	CSU	SPD	NW	CSU	SPD	NW
Bundesregierung									-2.62 (1.72)	-.60 (1.34)	-2.96 ^a (1.35)
CDU-Politiker	2.99 ^c (.75)	-2.05 ^b (.67)	-.02 (.70)	2.58 (1.39)	.81 (1.17)				4.05 ^b (1.44)	1.07 (1.06)	1.95 (1.27)
SPD-Politiker	.04 (.54)	2.84 ^c (.57)	.76 (.59)	-1.32 (.90)	2.38 ^a (1.03)				.60 (1.19)	1.86 (1.04)	2.33 ^a (1.08)
CSU-Politiker	1.81 ^b (.58)	-.35 (.56)	.03 (.59)	1.71 (.88)	-1.82 ^a (.90)						
Ergänzungsabgabe						.95 (.61)	.72 (.47)	1.47 ^a (.60)			
Koalitionsbruch						1.58 ^b (.52)	2.45 ^c (.56)	1.73 ^b (.52)			
Nachrüstung						.93 ^a (.46)	.50 (.41)	.66 (.44)			
Landesregierung	.35 (.74)	.33 (.73)	-.24 (.79)	.10 (1.37)	.27 (1.25)	4.90 ^c (1.32)	1.17 (.89)	1.51 (1.15)	4.68 ^b (1.51)	2.26 ^a (1.15)	1.71 (1.21)
Landesopposition						1.05 (1.11)	5.01 ^c (1.06)	2.51 ^a (.99)	2.27 (1.40)	3.61 ^b (1.33)	2.13 (1.29)
CSU-Sieg						1.15 (.96)	.30 (.70)	.26 (.99)	1.45 (1.24)	-1.15 (.87)	-1.57 (0.96)
CSU-Kandidat	.60 (.86)	1.77 ^a (.82)	1.09 (.88)	2.95 ^a (1.25)	1.12 (1.11)	3.59 ^c (.97)	-.64 (.78)	.35 (.92)	1.79 (1.15)	-.66 (.89)	.48 (.93)

SPD-Kandidat	-.08 (.65)	1.08 (.57)	.33 (.69)	-.78 (1.12)	2.18 ^a (1.04)	-.94 (1.13)	1.87 ^a (.91)	-.21 (.95)	-2.86 ^b (1.26)	.79 (1.21)	-1.55 (1.21)
Kompetenz CSU									2.11 ^b (.73)	-.61 (.88)	1.00 (.71)
Kompetenz SPD									.41 (.80)	1.91 ^b (.60)	-.58 (.69)
Kanal						-.51 (.47)	.56 (.37)	-.01 (.41)			
Kernkraftwerke						1.08 ^a (.47)	1.17 ^b (.39)	.85 ^a (.43)			
Schule						-1.65 ^b (.49)	-.97 ^a (.47)	-1.10 ^a (.46)			
CSU-Bindung				1.77 ^b (.59)	.03 (.64)	4.77 ^c (1.24)	2.34 (1.38)	2.80 ^a (1.28)	1.92 ^a (.80)	-.21 (1.03)	.37 (.84)
SPD-Bindung				.23 (.91)	3.82 ^c (.84)	-2.86 ^c (.57)	.10 (.41)	-2.02 ^c (.44)	-2.91 ^b (.83)	-.73 (.43)	-2.60 ^c (.50)
Andere-Bindung				-4.87 ^c (1.10)	-3.96 ^c (.82)						
Konstante	-3.83 ^c (1.04)	-1.26 (.99)	-.95 (1.06)	-1.40 (1.73)	-2.82 (1.65)	-6.58 ^c (1.46)	-6.30 ^c (1.19)	-3.31 ^a (1.38)	-5.74 ^b (1.75)	-3.04 ^a (1.26)	.83 (1.12)
Korr. Pseudo-R ²		.22		.77		.51			.49		
N		823		989		809			726		

Signifikanzniveaus: a: $p \leq .05$; b: $p \leq .01$; c: $p \leq .001$. ⊗: siehe zur Wahl 1966 Fußnote 7. Mit der feineren Aufgliederung der Parteidentifikationsvariable ist keine Modellschätzung möglich, weshalb 1982 und 1986 SPD- und Andere-Anhänger zusammengefasst werden. Quelle: ZA 4182.

Tabelle 2b: Einfluss landes- und bundespolitischer Faktoren und Parteibindungen bei bayerischen Landtagswahlen 1990-2003
(Angaben: unstandardisierte Logitkoeffizienten, robuste Standardfehler in Klammern)

	1990			1994			1998			2003		
	CSU	SPD	NW	CSU	SPD	NW	CSU	SPD	NW	CSU	SPD	NW
Bundesregierung	-.95 (.94)	.87 (.87)	-1.85 (1.04)	.56 (1.15)	.20 (1.03)	.95 (1.16)	-.94 (1.18)	.41 (.93)	.46 (1.30)	-1.09 (.70)	-.02 (.77)	-1.01 (.81)
CDU-Politiker	3.12 ^b (1.07)	1.85 ^a (.88)	2.30 (1.19)	.72 (.90)	-.12 (.85)	-1.70 ^a (.81)	1.33 (1.05)	-1.44 (.94)	.09 (1.48)			
SPD-Politiker	-2.35 ^b (.79)	.07 (.77)	-.25 (.85)	1.07 (.84)	2.76 ^b (.86)	.07 (.87)	-.05 (.84)	2.23 ^a (.87)	-.03 (1.02)			
CSU-Politiker	-1.75 (.98)	-1.90 ^a (.89)	-2.10 (1.14)				4.20 ^c (1.13)	1.75 ^a (.83)	.61 (1.17)			
Landesregierung	2.03 ^a (.85)	.82 (.80)	.33 (1.09)	.67 (1.00)	-.43 (.90)	.51 (1.08)	1.86 (1.04)	-.27 (.75)	-2.55 ^a (1.22)	2.33 ^a (.91)	.78 (.94)	1.23 (.96)
Landesopposition	.36 (.90)	.56 (.89)	-.79 (.97)	-.21 (1.05)	.02 (.97)	-.46 (1.18)	-2.80 ^a (1.32)	1.46 (1.13)	1.22 (1.52)	.14 (.85)	1.31 (.88)	.81 (.90)
CSU-Kandidat	1.41 (.99)	-.12 (.94)	1.90 ^a (.93)	2.13 ^a (.85)	.38 (.74)	.31 (.95)	-.52 (1.11)	-.09 (.90)	-.80 (1.36)	2.56 ^b (.95)	.79 (.77)	.09 (.77)
SPD-Kandidat	.92 (.82)	1.40 (.90)	1.03 (1.09)	-.56 (.85)	1.16 (.92)	-.82 (.96)	-.61 (.92)	-.50 (.94)	-2.66 ^a (1.25)	-.96 (.59)	.43 (.42)	-.87 (.55)
CSU-Sieg	-.65 (.53)	-1.28 ^b (.48)	-.77 (.63)	.19 (.56)	-.01 (.48)	-1.83 ^c (.51)	.87 (.57)	-.80 (.49)	-1.48 ^b (.53)	-1.37 ^a (.67)	-1.24 ^a (.62)	-1.69 ^a (.69)

Alleinregierung	-1.84 ^c (.39)	-.13 (.47)	-.18 (.54)	-1.26 ^b (.37)	.17 (.46)	-.68 (.46)	-.95 ^a (.41)	-.25 (.46)	-.31 (.62)	-.70 (.37)	-.20 (.45)	-.14 (.44)
Kompetenz CSU	-.26 (.64)	-2.40 ^b (.75)	-1.87 ^a (.80)	-.08 (.67)	-2.21 ^b (.82)	-.96 (.82)	1.60 ^a (.70)	-.36 (.77)	1.60 (.96)	1.06 (.58)	-.55 (.57)	-.01 (.69)
Kompetenz SPD	-1.78 ^a (.69)	.60 (.71)	-1.53 ^a (.68)	-1.62 (.87)	-.02 (.59)	-.37 (.77)	-1.38 (1.20)	1.73 ^a (.78)	-.23 (1.35)	-1.91 (1.21)	1.04 (.90)	-.59 (1.16)
CSU-Bindung	.95 ^b (.36)	-.74 (.50)	-.45 (.50)	2.02 ^c (.44)	.77 (.53)	.37 (.54)	1.06 ^a (.50)	-.04 (.62)	.91 (.74)	1.13 ^a (.45)	-1.37 (.79)	-.68 (.52)
SPD-Bindung	-1.43 (.74)	2.31 ^c (.43)	.49 (.60)	-1.51 (.89)	1.75 ^c (.40)	-.14 (.58)	-1.21 (.94)	1.58 ^b (.48)	.56 (.79)	-1.14 ^a (.56)	1.83 ^c (.40)	-.60 (.53)
Andere-Bindung	-4.75 ^c (.91)	-3.48 ^c (.65)	-3.86 ^b (1.18)	-1.19 ^a (.49)	-1.78 ^b (.58)	-1.62 ^b (.56)	-2.28 ^c (.61)	-1.75 ^a (.71)	-.94 (.72)	-1.43 ^b (.46)	-1.63 ^b (.51)	-3.77 ^c (1.05)
Konstante	.90 (1.09)	-.61 (1.14)	1.05 (1.16)	-1.85 (.89)	-2.33 ^a (1.00)	2.42 ^b (.84)	-1.35 (1.25)	-1.43 (.84)	2.04 ^a (1.04)	-.78 (1.04)	-.54 (.91)	1.32 (.95)
Korr. Pseudo-R ²	.48			.37			.45			.41		
N	714			602			632			707		

Signifikanzniveaus: a: $p \leq .05$; b: $p \leq .01$; c: $p \leq .001$. Quelle: ZA 4182.